



Selber machen

Lohnbetrug, niedrigere Gehälter für Frauen, schikanöser Umgang mit Erwerbslosen, willkürliche Entlassungen – die Lage in den Ländern Europas gleicht sich. Nirgendwo konnte sie durch Staatskontrollen verbessert werden. Aber es gibt Beispiele für Selbstbehauptung.

ZWÖLF SEITEN EXTRA

Katastrophenhelfer Seenotrettung auf dem Mittelmeer: 3 »Mit einem Schlag hilflos«. Interview mit Thomas Kunkel	Krisenverschärfung US-Regierung verstärkt ihre militärischen Aktivitäten gegen Nordkorea. Von Knut Mellenthin 7	Kapazitätsgrenze Ukraine: Aus Mangel an Kohle werden Atomkraftwerke hochgefahren. Von Reinhard Lauterbach 9	Kriegsverbrechen Vor 80 Jahren zerstörten deutsche Bomber die baskische Stadt Guernica. Von Hubert Brieden 12
---	---	---	---



Zerstörtes Pressezentrum: In Karacok zerstörte die türkische Luftwaffe einen kurdischen Radiosender (25.4.2017)

Türkische Kampfflugzeuge haben in der Nacht zum Dienstag Gebiete im Nordirak und in Syrien angegriffen. Die Attacke, die ersten Meldungen zufolge Dutzende Todesopfer forderte, richtete sich gegen Hochburgen der kurdischen Befreiungsbewegung. Erstmals beschränkten sich die Bombardements nicht auf die Gebirge in der türkisch-irakischen Grenzregion, in denen Ankara die Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vermutet. Der Einsatz erstreckte sich auf syrisches und irakisches Territorium: Im Norden Syriens wurden eine Zentrale der kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG sowie die Sendestation des Radiokanals *Denge Rojava* zerstört.

Gab es in den vergangenen Monaten des öfteren bewaffnete Provokationen gegen die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien, so hat der jüngste Angriff eine neue Qualität. Auch weil die türkische Luftwaffe zeitgleich im Irak

die Siedlungsgebiete der Jesiden im Sindschar attackierte. Dort wurde ebenfalls ein Radiosender zerstört, mehrere Wohngebiete wurden bombardiert. Zudem wurde ein Stützpunkt der eigentlich mit Ankara verbündeten KDP-Peschmerga getroffen, fünf Kämpfer starben.

Im Sindschar, jener Region, in der 2014 der »Islamische Staat« (IS) Tausende Jesidinnen und Jesiden ermordete und verschleppte, hat der Angriff der Türkei eine besondere Bedeutung. Man werde sich genau wie damals gegen den IS nun gegen Recep Tayyip Erdogan wehren, kommentierte gegenüber *junge Welt* Zerstest Sengali, Kommandeur der jesidischen Selbstverteidigungsmilizen YBS. »Wir haben die Stärke dazu, und jeder wird das sehen können.«

Auch in Rojava wertete man die türkischen Luftangriffe als Unterstützung des IS. »Türkei und Daesch, Erdogan und Al-Baghdadi, das ist ein und dassel-

be«, erklärte ein YPG-Kämpfer in den Trümmern der früheren Militärstation bei Karacok gegenüber *jW*. »Genau wenn wir vor Rakka stehen, der Hauptstadt des IS, greift die Türkei uns an.«

Die Luftangriffe dürften den Auftakt einer neuen Offensive Ankaras bilden. Erdogan kündigt seit Wochen an, Nordsyrien und Irak von kurdischen Kämpfern »säubern« zu wollen. Am Dienstag wurden an der Grenze zum nordsyrischen Afrin Bodentruppen zusammengezogen, Wege und Pontonbrücken für einen Einmarsch werden aufgebaut. Ähnlich ist die Lage an der türkisch-irakischen Grenze: Seit Tagen kommt es zu schweren Gefechten zwischen der türkischen Armee und Kämpfern der PKK.

International blieben Reaktionen auf den Angriff bis zu *jW*-Redaktionschluss aus. Die Vermutung liegt nahe, dass zumindest die USA vorab über die Bombardements informiert wurden.

»Das internationale Schweigen hat die Türkei ermutigt, mit derartigen Brüchen des internationalen Rechts fortzufahren. Wenn das Schweigen anhält, wird die Türkei weitermachen. Sollte das eintreffen, werden wir neu über unsere Operation in Rakka nachdenken«, drohte Ilham Ehmed, Vorsitzender des Demokratischen Rates Syrien, gegenüber dem Fernsehsender *Ronahi TV*.

Die deutsche Linkspartei verurteilte das Vorgehen Ankaras scharf: Dieses könne nur als direkte Unterstützung der dschihadistischen Terroristen verstanden werden. Die Linke forderte, die Bundeswehr müsse sofort ihre »Tornados« aus dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik sowie ihre Soldaten aus der Region Kurdistan/Irak abziehen. Andernfalls stelle sie sich – willentlich oder unwillentlich – an die Seite der Aggressoren.

■ Siehe auch Seite 7

Jemen: UN prangern Hungerkrise an

Genf. Nach der Warnung von UN-Generalsekretär António Guterres vor einer »Tragödie immensen Ausmaßes« im Jemen haben mehrere Länder neue Hilfen für das vom Krieg gezeichnete Land zugesagt. »Dies ist die größte Hungerkrise der Welt«, sagte Guterres am Dienstag bei der internationalen sogenannten Geberkonferenz in Genf. Hunderte Krankenhäuser sind im Jemen verlassen, weil es keine Medikamente mehr gibt. Viele Schulen sind geschlossen. Millionen Menschen sitzen zwischen den Fronten fest. Trinkwasser und Lebensmittel sind knapp. Zwei Drittel der 27 Millionen Menschen brauchen nach UN-Angaben dringende Hilfe. »Knapp sieben Millionen Menschen wissen nicht, woher sie ihre nächste Mahlzeit bekommen«, heißt es vom Welternährungsprogramm (WFP). »Fast 2,2 Millionen Kinder sind mangelernährt, 500.000 von ihnen droht der Hungertod.« (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Beschäftigte gegen Einschnitte bei Alitalia

Rom/Mailand. Die Beschäftigten der Fluggesellschaft Alitalia haben sich gegen einen Plan des Managements ausgesprochen, der die Vernichtung von 1.700 Stellen beim Bodenpersonal vorsah. Auch die Löhne des Flugpersonals hätte um acht Prozent gekürzt werden sollen. Durch diese Einschnitte, so das Management, hätte die Fluggesellschaft neue Finanzspritzen der Anteilseigner bekommen können. Angeblich kann die Airline ohne das Geld nicht weiterbestehen. »Der Zorn der Arbeiter hat gesiegt«, sagte am Dienstag ein Gewerkschaftsvertreter. Der Verwaltungsrat wollte noch am Dienstag zu Beratungen zusammenkommen. Die Beschäftigten fordern, dass die Regierung eingreift und ihre Stellen sichert. (Reuters/jW)

14 Afghanen nach Kabul abgeschoben

32-jähriger schon zum zweiten Mal unter Zwang ausgeflogen. Land bleibt unsicher

Wieder hat es eine Sammelabschiebung aus Deutschland nach Afghanistan gegeben. Ein Flug aus München mit 14 Migranten an Bord landete am Dienstag morgen (Ortszeit) in der Hauptstadt Kabul. Damit sind seit Dezember vergangenen Jahres mehr als hundert abgelehnte Asylsuchende nach Afghanistan zurückgefliegen worden. Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums kamen acht Abgeschobene aus Nordrhein-Westfalen, drei aus Bayern und jeweils einer aus Baden-Württemberg,

Hamburg und Rheinland-Pfalz. Die Zahlen wurden von der Bundespolizei in München bestätigt. Dazu zählte ein Mann namens Obaidullah Disan aus der unruhigen östlichen Provinz Kunar, der nach eigenen Angaben sieben Jahre lang in Deutschland gelebt hatte. Nach seiner Ankunft in Kabul sagte er der *Deutschen Presseagentur*, er sei bei der Arbeit in einem Fast-Food-Lokal in München festgenommen worden und habe drei Tage in Abschiebehaft verbracht. Seine Familie sei erst in der Nacht zum Dienstag über sei-

ne Rückführung informiert worden. Der 32-jährige Dschawid Nuri sagte, es sei nach 2009 das zweite Mal, dass er aus Deutschland abgeschoben worden sei. Er sei als Baby erstmals nach Deutschland gekommen. Auch diesmal wolle er versuchen, dorthin zurückzukehren. »Das Leben in einem Land, in dem Krieg herrscht, ist mir nicht vertraut«, sagte er. »Afghanistan ist weit davon entfernt, ein sicheres Land zu sein«, erklärte in Berlin die Oppositionspolitikerin Ulla Jelpke. »Vielmehr hat sich die Sicherheitslage durch

Anschläge und Gefechte zwischen Taliban, Regierungstruppen und Gewalt örtlicher Warlords in letzter Zeit weiter verschärft«, so die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag weiter. »Dass es am Hindukusch keine sicheren Regionen gibt, hat nicht zuletzt das jüngste Massaker von Taliban an afghanischen Soldaten in ihrer eigenen Kaserne mit Hunderten Toten und Verletzten gezeigt.« Jelpke forderte: »Die Abschiebungen in das Kriegsland Afghanistan müssen sofort beendet werden.« (dpa/jW)